

i Fijáte!

Nachrichten •

Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 259

8. Mai 2002

8. Jahrgang

Ein Blick auf die Frauen - aus Frauensicht

Viele der guatemaltekischen Frauenorganisationen tun ihr Möglichstes, um im Rahmen der Friedensverträge, die auch konkret die Situation der weiblichen Bevölkerung zum Thema haben, die Interessen und Bedürfnisse ihrer Geschlechtsgenossinnen zu vertreten. Anlässlich des diesjährigen *Internationalen Tages der Frau* widmete MINUGUA, die Mission der Vereinten Nationen für Guatemala, eine Ausgabe ihrer wöchentlichen *Crónicas* diesem Thema. Im folgenden geben wir Auszüge sowohl des Einleitungsartikels sowie zweier Interviews wieder, in denen zum einen der "Verteidigerin" der indigenen Frauen, zum anderen der Leiterin des Präsidialen Sekretariats der Frau die gleichen Fragen gestellt wurden: zwei Frauen – zwei Antworten.

In den Abschnitten der Friedensverträge, die sich mit dem Thema "Frauen in Guatemala" auseinandersetzen, ist immer wieder die Rede von der Diskriminierung der Frau, die auf jeden Fall überwunden werden soll – u.a. hinsichtlich der Einbeziehung der weiblichen Bevölkerung in Entscheidungsprozesse. Auch "die besondere Verletzlichkeit und Wehrlosigkeit der indigenen Frau angesichts der doppelten Diskriminierung als Frau und Indígena, die durch die soziale Situation der Armut und Ausbeutung noch verstärkt wird", wird dabei problematisiert. Aufgrund dieser Bestandsaufnahme verpflichtete sich die Regierung, jegliche Form der Diskriminierung von Frauen zu beseitigen und die Beteiligung der weiblichen Bevölkerung in der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Landes zu stärken. In diesem Zusammenhang finden sich in den Friedensverträgen eine Reihe von Vorschlägen, um gesetzliche, strukturelle und soziale Hindernisse auf dem Weg zum vorgenommenen Ziel zu entfernen.

Die allgemeine Situation des Landes und die spezielle der Frauen hat in den Bereichen Soziales, Wirtschaft und Politik nur wenig Fortschritte vorzuweisen. Weder im Bildungsbereich noch in Bezug auf die Armutssituation der Frau als Familienoberhaupt lassen sich deutliche Verbesserungen erkennen. Viele der Familien, denen eine Frau vorsteht, sind von der Arbeit der Kinder abhängig, was wiederum zu Lasten von deren Bildung geht.

Immerhin wurde von verschiedenen Seiten, sowohl auf Regierungs- als auch auf Nichtregierungsebene, inzwischen ein Vorentwurf für Reformen des Arbeitskodexes erarbeitet, der in seinen 35 Artikeln die frauenspezifischen Vorgaben der Friedensverträge aufnimmt.

Ein erster bedeutsamer Fortschritt ist beim Landbesitzgesetz zu verzeichnen, nach dem nun auch Frauen immerhin Mitbesitzerin eines Grundstücks sein können. Auch das (sogar gesetzlich verankerte) *Nationale Programm reproduktiver Gesundheit* bringt mit seiner integralen Konzeption Vorteile für die Frau mit sich: Neben der medizinischen Aufmerksamkeit für Frauen bezieht es die Teilnahme des Mannes in die Familienplanung und sexuelle Aufklärung mit ein.

Hervorzuheben ist die Einrichtung des *Präsidialen Sekretariats der Frau*, das für die Beratung und Koordination der Politik und Öffentlichkeit zuständig ist, um die integrale Entwicklung der Frauen und die Förderung einer demokrati-

schen Kultur voranzutreiben. In diesem Rahmen spielt die zivile Gesellschaft eine bedeutende Rolle, die seit der Einrichtung des Sekretariats und der Formulierung der Frauenpolitik zugegen ist.

Als weiterer Fortschritt ist die Verabschiedung der *Nationalen Politik zur Förderung und Entwicklung der guatemaltekischen Frauen – Gerechtigkeitsplan 2001/2006* zu nennen. Dieses Instrument vereint die Vorschläge diverser fachlicher Beratungen, die vom *Nationalen Frauenforum* vorangetrieben worden waren.

CONAPREVI – die *Koordination zur Prävention intrafamiliärer Gewalt und Gewalt gegen Frauen*, die von VertreterInnen der Regierung und der zivilen Gesellschaft gebildet wird und in Form von Koordination, Beratung und als "Anstifterin" politischer Aktivitäten agiert, ist ebenso als positive Erscheinung erwähnenswert, wie die Verabschiedung des *Gesetzes der Sozialen Entwicklung*, mit seinem Fokus auf gesundheits-, bildungs- und arbeitspolitische Maßnahmen für Frauen. Auch die Ratifizierung des *Fakultativen Protokolls der Konvention zur Beseitigung aller Formen der Diskriminierung von Frauen* (CEDAW), sowie schliesslich, im Februar 2002 genehmigt, die Reformen des Gesetzes des Entwicklungsrates, in dem die Beteiligung der Frauen festgelegt und legitimiert wird, lassen hoffen.

Was jedoch noch offen bleibt ist die Gesetzgebung hinsichtlich sexueller Belästigung – zu der aber bereits ein Vorschlag von der *Ständigen Nationalen Kommission der Rechte der indigenen Frau von COPMAGUA* vorliegt, und auch die Reformen im Zusammenhang des Arbeitskodexes bedürfen noch ihrer Erledigung.

Allein an den voranstehenden "Erfolgsmeldungen" ist erkennbar, dass die Frauen bisher schon eine entscheidende Rolle gespielt haben. Sie haben es geschafft, gut organisiert und mit wesentlichen Beiträgen, wichtige Themen und Sorgen im Zusammenhang der Nationalen Agenda sowohl auf den Tisch als auch zu Entscheidungen zu bringen.

In diesem Rahmen nehmen Frauen immer mehr in den verschiedenen Bereichen des sozialen Lebens teil, diverse neue Frauenorganisationen sind entstanden, die einen neuen Standpunkt in Beziehung zum Staat vertreten.

“Die Defensoría will Vorurteile über die indigenen Völker und Frauen abbauen.”

Seit der Einrichtung der *Defensoría der indigenen Frau* ist Juana Catinac die *Verteidigerin der Frau*, deren Funktion im Juli 1999 im Rahmen der Friedensverträge bestimmt wurde. Unter anderem ist die *Defensoría* für die Koordination von Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen zuständig, um Aktivitäten zur Prävention, Verteidigung und Beseitigung aller Formen von Gewalt gegen und Diskriminierung von indigenen Frauen unter einen Hut zu bringen. Weiter ist es ihre Aufgabe, Opfern von Gewalt die nötige Aufmerksamkeit sowie die sozialen Dienstleistungen zukommen zu lassen.

MINUGUA: Welche grundsätzlichen Fortschritte kann die Defensoría der indigenen Frau verzeichnen?

Juana Catinac: Als solche sind einige zu nennen:

- Die Konsolidierung der verschiedenen Strukturen der *Defensoría*, damit den Frauen ein effizienter Service angeboten werden kann.
- Die Einrichtung von Koordinationsmechanismen verschiedener Institutionen und Organisationen, um die Ziele der *Defensoría* umzusetzen.
- Das Sichtbarmachen der Situation der indigenen Frau durch Aktionen, die wir speziell dafür lancieren, und der dabei gemachten Erfahrungen.
- Den indigenen Frauen der 22 Departemente Information sowie Aus- und Weiterbildung hinsichtlich ihrer Rechte zu bieten, was zugleich eine Analyse ihrer kulturellen Identität ermöglicht.

M: Welches sind die größten Herausforderungen für die Defensoría?

J.C.: Laut Regierungsvereinbarung hinsichtlich der Schaffung der *Defensoría* soll diese auf lange Sicht den Bedarf des gesamten Landesgebietes abdecken, was jedoch aufgrund des zugesicherten Etats nicht möglich ist, der es weder erlaubt, die dafür notwendige logistische Kapazität noch die personelle Ausstattung zu bieten. Bislang konnte das wenige professionelle Personal trotz grosser Bemühungen nur in wenigen Bereichen die Erwartungen der Frauen in den Dörfern erfüllen. Seit Bestehen der Institution verfügen wir über den gleichbleibenden Haushalt von 2 Mio. Quetzales.

M: Welche strategischen Aktionen ste-

hen in diesem Jahr auf dem Programm der Defensoría?

J.C.: Die *Defensoría* wird die Frauen bei der Verteidigung ihrer Rechte stärken und versuchen, die Gesellschaft zu sensibilisieren, damit diese dazu bereit ist, die Rechte der indigenen Frauen zu respektieren. Weiter will sie dazu beizutragen, festgefahrene Bilder und Vorurteile über die indigenen Völker und Frauen aufzuweichen.

M: Inwiefern können die Zivilgesellschaft und der Staat dazu beitragen, die Defensoría zu unterstützen?

J.C.: Die Gesellschaft allgemein sollte offen dafür sein, notwendige Veränderungen zu akzeptieren, damit Guatemala ein Land wird, das die Vielfalt und die fundamentalen Freiheiten jeden menschlichen Wesens anerkennt. Der Staat Guatemala sollte den guten Willen zeigen, allen existierenden Völkern auf guatemaltekischem Terrain nützlich zu sein und die *Defensoría* zu unterstützen, wenn diese Vorschläge für die öffentliche Politik und Gesetze zugunsten der Rechte der indigenen Frauen macht.

“Dieses Jahr müssen die Vereinbarungen hinsichtlich der Frauen in den Vordergrund gerückt werden”

Mit dem Dekret 200-2000 schuf die Regierung das *Präsidiale Sekretariat der Frau*. Seine Aufgabe ist, hinsichtlich der öffentlichen Frauenpolitik eine beratende und koordinierende Funktion einzunehmen, um die integrale Entwicklung der guatemaltekischen Frauen und die Förderung einer demokratischen Kultur voranzutreiben. Dr. Lili Caravantes ist die Leiterin dieser Institution.

MINUGUA: Welche grundsätzlichen Fortschritte bringt die Institutionalisierung der Frauenpolitik mit sich?

Lili Caravantes: Wesentliche Fortschritte sind die Akzeptanz der Politik, die von Frauenorganisationen als eine Regierungspolitik beschlossen wurde und die auf eine Staatspolitik abzielt, die über eine Regierungsperiode hinausgeht. Dies wurde von diversen Regierungskörperschaften und Institutionen unterschrieben. Diese Frauenpolitik orientiert sich an der aktuellen Regierungspolitik, wie z.B. der geplanten Strategie zur Verminderung der Armut. Darin sind einige Grundlagen enthalten, an denen angesetzt werden kann im Hinblick auf eine Verbesserung der Situation der Frau.

M: Welches sind die größten Herausforderungen für die Institutionalisierung der Frauenpolitik?

L.C.: Prioritäten hinsichtlich der Aktionen setzen, die von den verschiedenen Regierungsmitgliedern erfüllt werden sollen. Wenn dies nicht geschieht, ist es schwierig, eine konkrete Planung zu machen. Dazu gehört eine Evaluation des bisher Erreichten und der verfolgten Ziele, das Weiterführen der derzeitigen Regierungsaktivitäten und die Bereitstellung eines besonderen Budgets für die Institutionalisierung der Frauenpolitik.

M: Welche Fortschritte kann das Präsidiale Sekretariat der Frau seit seiner Gründung vorweisen?

L.C.: Zu diesen zählen u.a. die Bildung des *Konsultivrates* und das Vortreiben der Konstitution der *Einheit der Frau* auf der höchsten Ebene in den verschiedenen Ministerien des Staates. Letzteres drückt sich z.B. im Rahmen der Gesetzgebung, aber auch in der Bereitstellung von internationalen Geldern und in der Stimmbeteiligung in nationalen und internationalen Gremien aus.

M: Unterscheidet sich die Aufmerksamkeit der Frauenpolitik gegenüber der Frau indigener und der mit Ladino-Herkunft? Wenn ja, in welcher Form drückt sich dies aus?

¡Fijáte!

Herausgegeben von:

Verein ¡Fijáte!

2502 Biel

PC: 30-516068-6

Redaktion

Barbara Müller

Christiane Treeck

Abos:

¡Fijáte!

c/o Barbara Müller

Ankerstrasse 16

8004 Zürich

Tel. 01/ 241 44 43

E-Mail:

barbara-m@bluewin.ch

Jahresabo: 100.- Fr.

Auslandabo: 120.- Fr.

Förderabo: ab 200.- Fr.

Erscheinungsweise vierzehntägig.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

L.C.: Das ist Bestandteil der öffentlichen Politik. Unsere Herausforderung ist es, den interkulturellen Fokus auf diese Aspekte zu richten, die sich herausbilden. Wir wissen, dass es Besonderheiten für die indigenen Frauen gibt, die in der Planung und Umsetzung einer frauengerechten Politik berücksichtigt werden müssen.

M: Welches sind die vorrangigen Ziele der Frauenpolitik für dieses Jahr?

L.C.: Im Rahmen der Friedensverträge müssen dieses Jahr bestimmte Vereinbarungen hinsichtlich der Frauen in den Vordergrund gerückt werden. Gemeinsam mit dem SEPAZ (Sekretariat für den Frieden) haben wir eine Auswahl getroffen. Dazu gehört die Umsetzung der vom Frauenforum durchgeführten Analyse bezüglich der Beteiligung der Frauen, konkret die Beteiligung von Frauen in allen *Entwicklungsräten* (consejo de desarrollo). Weiter die Förderung von Gesundheits- und Alphabetisierungsprogrammen für Frauen, die Beteiligung der Frauen an landwirtschaftlichen Entwicklungsprogrammen, die frauenspezifische Reform des Arbeitsrechtes und mehr.

M: Verfügt das Sekretariat über Kommunikationsmechanismen mit dem Nationalen Frauenforum und der Defensoria der indigenen Frau? Wie sehen diese aus und wie werden sie eingesetzt?

L.C.: Ja, die drei Institutionen arbeiten zusammen am *Entwicklungsplan zur Beteiligung der Frauen*. Wir erarbeiten derzeit ein gemeinsames Kooperationsabkommen zu den Themen Gewalt, den Rechten der indigenen Frau und der Partizipation von Frauen. Ausserdem helfen wir bei der Evaluation der Politik und der Frauenbeteiligung mit, die vom *Frauenforum* durchgeführt wird.

M: Inwiefern sollten die Zivilgesellschaft und der Staat dazu beitragen, die Frauenpolitik zu unterstützen?

L.C.: Eines der wichtigsten Dinge von Seiten des Staates ist es, die Ziele voranzutreiben, die jedem Regierungssektor in Hinblick auf die Frauenpolitik entsprechen. Dazu gehören bestimmte Friedensverträge und die Arbeit bestimmter Institutionen. Aber auch die Bereitstellung von Ressourcen und die Stärkung institutioneller Mechanismen, sowie die Information der Gesellschaft.

Auf Seiten der Zivilgesellschaft ist die Diskussion darüber anzutreiben, was staatliche Frauenpolitik ist, welche Grundbedingungen erfüllt werden müssen, damit Frauen am politischen Geschehen teilnehmen können. Es ist auch Aufgabe der Zivilgesellschaft den laufenden Prozess aufmerksam zu überwachen.

M: Welche Botschaft haben Sie für die guatemalteken Frauen an diesem Internationalen Tag der Frau?

L.C.: Unsere Herausforderung ist es, die Mechanismen unserer Rolle als Vermittlerin zwischen Staat und Gesellschaft zu stabilisieren. Man muss den Fortschritt des politischen Willens messen können, den die jetzige Regierung in der Unterstützung zeigt, um die Ziele in den Friedensverträgen hinsichtlich der Thematik der Frauen zu erreichen. Der ständige Druck der Frauenorganisationen hatte nicht nur die Schaffung des *Sekretariats* und die inzwischen vermehrte Präsenz von Frauen in den verschiedenen Regierungsinstanzen zur Folge, sondern garantiert auch die Kontinuität der Prozesse, die vom Staat in diese Richtung initiiert wurden.

Vierter Todestag von Monseñor Gerardi - Drohungen gegen Religiöse gehen weiter

Guatemala, 26. April. Vor vier Jahren ist Erzbischof Juan Gerardi ermordet worden - zwei Tage nachdem er die Studie *Guatemala - nunca más*, eine Aufarbeitung der während des Krieges begangenen Menschenrechtsverletzungen, der Öffentlichkeit vorgestellt hatte.

Trotz Bemühungen der Regierung, diesen Mord als ein 'gewöhnliches' Verbrechen erscheinen zu lassen, wurden vor einem Jahr drei (Ex-)Militärs und ein Priester zu dreissig, bzw. zwanzig Jahren Gefängnis verurteilt. Obwohl die Akte im "Fall Gerardi" noch nicht endgültig geschlossen ist - eine Untersuchung über die Beteiligung weiterer Militär- und Regierungsmitglieder an der Ermordung wurde vom Gericht angeordnet - ist seit einem Jahr nichts mehr geschehen.

Anlässlich dieses vierten Todestags des Erzbischofs rief das *Movimiento Gerardi*, dem über vierzig Organisationen angehören, die guatemaltekenische Regierung dazu auf, der Straflosigkeit und Korruption ein Ende zu setzen, die Menschenrechte einzuhalten und die Friedensabkommen umzusetzen.

Das erzbischöfliche Menschenrechtsbüro (ODHA), das im Fall Gerardi als Klägerin auftrat, wies darauf hin,

dass die intellektuell Verantwortlichen für den Mord noch auf freiem Fuss seien. Es sei ein Rekurs beim Verfassungsgericht eingereicht, doch würde die weitere Untersuchung mit allen Mitteln erschwert und verzögert, erklärte Nery Rodenas, Direktor der ODHA.

Der Todestag Gerardis wurde von vielen Personen sehr feierlich begangen. Dazu gehörten Umzüge, Gottesdienste eine Fotoausstellung. Die ODHA selber gab zu diesem Anlass ein Buch heraus, in dem die Lebensgeschichten von zwölf Frauen dokumentiert sind. Bekannte Frauen wie z.B. Rigoberta Menchú, Aura Elena Farfán, Rosalina Tuyuc, Hellen Mack, Nineth Montenegro und Barbara Ford erzählen in dem Buch, wie sie trotz Krieg, Gewalt und Diskriminierung für ihre Rechte und diejenigen anderer Leute eingestanden sind.

Guatemala - nunca más - leider nicht! Am 25. April meldete die katholische Kirche, dass Rigoberto Pérez Garrido, Pfarrer in Santa María Nebaj, Todesdrohungen erhielt. Er bekam wiederholt anonyme Telefonanrufe, bei denen ihn eine männliche Stimme davor warnte, weitere Untersuchungen über den Brand in seiner Pfarrei vor zwei Mona-

ten anzustellen (siehe ¡Fijáte! 258). Pfarrer Rigoberto Pérez Garrido hatte und hat eine wichtige Rolle inne bei der Aufarbeitung der Vergangenheit und für die Wahrheitsfindung in Guatemala. Er war Koordinator für das von Erzbischof Gerardi geleitete REMHI-Projekt *Guatemala - nunca más* im Departement Quiché, eine vom Bürgerkrieg schlimm getroffene Region, mit Hunderten von Massakern an der indigenen Zivilbevölkerung.

Von IPES zu ID

Guatemala, 30. April. Das *Institut für politische, wirtschaftliche und soziale Studien* (IPES) stellt ab sofort seine Arbeit ein und somit die Verbreitung ihres täglichen Nachrichtendienstes, *Reporte Diario*. Als Gründe dafür wurden "unlösbare Probleme" angegeben.

Ein Teil der Belegschaft von IPES (darunter Otto Zeissig, Enrique Alvarez und Arnoldo Villagrán) führt jedoch einen identischen Service weiter. Ihre neue Organisation heisst *Demokratische Einflussnahme* (ID).

Menschenrechtsaktivist ermordet

Guatemala, 29. April. Der Buchhalter der Stiftung der Nobelpreisträgerin Rigoberta Menchú, Guillermo Ovalle de León, wurde beim Mittagessen in einem Restaurant von zwei unbekannten Männern erschossen. Der Vorfall sah zuerst nach einem Überfall auf das Restaurant aus (Version, die von den Behörden aufrechterhalten wird), entpuppte sich aber bald als gezielter Anschlag auf Ovalle, auf den mindestens 25 Schüsse abgegeben wurden. Zwei weitere Personen wurden verletzt.

Wenige Minuten nach der Ermordung Ovalles gingen auf der in der Nähe des Tatorts gelegenen Stiftung Rigoberta Menchú anonyme Telefonanrufe ein mit Begräbnismusik im Hintergrund. NachbarInnen der Stiftung wollen im Verlaufe des Morgens fünf Personen gesehen haben, die im Viertel herumgeschlichen sind.

Guillermo Ovalle de León war der Neffe des Direktors der Stiftung Rigoberta Menchú. Er erhielt bereits im Jahr 2000 Morddrohungen.

In diesen Tagen soll in Cobán eine öffentliche Verhandlung im Prozess gegen die Angeklagten des Massakers von Xamán stattfinden. Die Stiftung leistet den Opfern dieses Massakers und ihren Hinterbliebenen juristischen Beistand. Ebenfalls wird in Madrid am 30. Mai eine Anhörung stattfinden im wiederaufgenommenen Fall gegen die Verantwortlichen des Völkermordes in Guatemala, in dem Rigoberta Menchú als Klägerin auftritt.

Diese Tatsachen bestärken den

Verdacht der Stiftung und anderer Menschenrechtsorganisationen, dass es sich bei der Ermordung Ovalles um eine aussergesetzliche Hinrichtung handelt, an der klandestine Repressionsstrukturen von früher beteiligt sind.

Nationale und internationale Menschenrechtsorganisationen fordern die sofortige Untersuchung des Falles. Rigoberta Menchú, die eigens für das Begräbnis des Ermordeten aus ihrem mexikanischen Exil nach Guatemala reiste, verkündete, den Fall vor die UNO-Menschenrechtskommission zu bringen.

Die Polizei blieb bei ihrer Theorie der 'allgemeinen Kriminalität' und verhaftete zwei mutmassliche Täter, auf die sie aufmerksam wurde, weil sie Schussverletzungen in Privatspitäler behandeln liessen.

Leider ist die Ermordung Ovalles nur einer von zahlreichen Angriffen, die in den letzten Tagen auf Personen ausgeführt wurden, die sich politisch betätigen:

Am Morgen des 26. März verschwand in Chiquimula der Sohn eines der Campesin@organisation CUC angeschlossenen Bauern. Der 14-jährige Junge wurde von einer Polizeistreife angefahren, deren Insassen sich sofort bereitklärten, den Verletzten ins nächste Spital zu bringen - wo er nie eintraf. Die Version der Polizei ist, dass der Junge während der Einlieferung ins Spital gestorben ist, entsprechende Dokumente liegen in der Spitaladministration nicht vor.

Am 19. bzw. 20. April wurde in die Büros der beiden Parteien DIA und UNID eingebrochen. Was die Einbrecher interessierte, waren Dokumente und Daten von Parteimitgliedern. Um das ganze wie einen 'gewöhnlichen' Einbruch erscheinen zu lassen, nahmen sie aus beiden Büros Computer und Drucker mit - nicht hingegen die 400 Quetzales, die in einer der (durchsuchten) Schreibtischschubladen im Büro der UNID lagen. In einer Erklärung der *Gruppe gegenseitiger Hilfe* (GAM) hiess es, der Überfall sei als Einschüchterungsversuch gegen zwei politische Organisationen zu verstehen, die in Opposition zur FRG-Politik stehen.

Ebenfalls am 19. April gaben Menschenrechts- und internationale Presseorganisationen die illegale Verhaftung und die anschliessende Reise ins Exil des Journalisten David Herrera bekannt. Herrera wurde am 10. April beim Verlassen seines Büros von vier Männern 'verhaftet' und in einem Fahrzeug an einen ihm unbekanntem Ort gebracht. Dort drohten sie, ihn umzubringen und verlangten die Übergabe von einigen Kassetten, auf denen Herrera Interviews aufgenommen hatte. Herrera recherchierte u.a. im Fall Chocón, wo im Februar bei einer von der Anti-Drogeneinheit durchgeführten Razzia zwei Männer ermordet wurden.

Nach dem Vorfall musste der Journalist David Herrera unter Begleitschutz von MINUGUA das Land verlassen.

Polizeipräsenz im Unigelände?

Guatemala, 24. April. Der Campus der Universität San Marcos (USAC) ist laut Angaben von Jorge Mario García, Generalsekretär der StudentInnenorganisation AEU einer der gewalttätigsten Orte im Land und einer der Orte, wo am meisten Fahrzeuge gestohlen werden. Diese Tatsache veranlasste die AEU, über eine gemeinsame Strategie mit der Polizei (PNC) zur Bekämpfung der Kriminalität auf dem Unigelände nachzudenken. Geplant ist, dass die Sicherheitsbeamten der Uni von der Polizei ausgebildet und dass eine uni-eigene Untersuchungskommission gebildet wird, die eng mit der Kriminalpolizei zusammenarbeiten soll. Gemäss García ist es an der Zeit, dass die AEU eine neue Rolle innerhalb der guatemalteckischen Gesellschaft und der Universität übernimmt: Wir können nicht in der Vergan-

genheit stecken bleiben, meinte er.

Víctor Hugo Gudiel, ehemaliger Sekretär der AEU sieht in dieser geplanten Zusammenarbeit den Beweis dafür, dass die StudentInnenvereinigung von ihrer ursprünglichen Einstellung abgekommen ist. Für ihn ist es ein Widerspruch, Hilfe von einer Instanz zu erbeten, die historisch die Menschenrechte der StudentInnen verletzt hat.

Weiter bezeichnet es Gudiel als unlogisch, dass ausgerechnet die PNC die Ausbildung von Sicherheitspersonal in der Universität übernehmen soll, ist doch hinlänglich bekannt, dass Polizeibeamte in Drogengeschäfte, Fahrzeugdiebstahl und Entführungen involviert sind. Es sei ein Widerspruch, dass der aktuelle AEU-Sekretär mit der Polizei zusammenarbeiten wolle, sei es doch diese Institution gewesen, die ihren ge-

meinsamen Freund und Mitstudenten Mario Alioto López während eines StudentInnenprotestes gegen die Erhöhung der Buspreise im Jahre 1994 ermordet hat.

Am frühen Morgen des 20. April wurden vier StudentInnen der USAC beim Verlassen einer Diskothek in der Nähe der Avenida Reforma ermordet. Die Fakultäten der Justiz- und Sozialwissenschaften fordern eine sofortige Aufklärung der Ereignisse und die Bestrafung der Verantwortlichen dieses tödlichen Angriffs. In einer gemeinsamen Erklärung fordern Studierende und ProfessorInnen der beiden Fakultäten von den Behörden, die "Mörderbanden, die sich frei unter uns bewegen, zu fassen. "Dieser Fall darf nicht, wie so viele andere, in der Straflosigkeit enden", hiess es in der Stellungnahme.

Spaltung der URNG offiziell

Guatemala, 25. April. Verschiedene politisch links stehende Gruppierungen und Parteien gaben bekannt, die notwendigen Schritte für die Gründung einer neuen Partei mit dem altbekannten Namen *Neue Nationale Allianz* (ANN) unternommen zu haben.

Das Bündnis ANN wurde im Hinblick auf die Wahlen 1999 von linken bzw. Oppositionsparteien (URNG, FDNG, DIA und UNID) gegründet, um ihre Position gegenüber der FRG zu stärken. Noch vor den Wahlen trat jedoch die FDNG wieder aus dem Bündnis aus, mit Ausnahme einzelner Personen, wie zum Beispiel Nineth Montenegro.

Die Partei ANN will ein nationales Projekt lancieren, eine wirkliche Alternative darstellen und ihre Politik auf die Friedensabkommen stützen. An der Partei ANN 'mitbeteiligt' sind die (auch als "URNG-Dissidenz" bezeichnete) *Corriente Revolucionaria* von Jorge Soto, die

UNID und die von Nineth Montenegro ins Leben gerufene *Frente Democrático Solidaridad* (FDS). 'Mitbeteiligt' im wahrsten Sinne des Wortes, denn ausser der *Corriente* verfolgen die andern Gruppierungen parallel dazu ihre eigenen parteipolitischen Interessen und sind daran, die administrativen Hürden zu nehmen, um als Parteien anerkannt zu werden. Das wirklich 'neue' an der Partei ANN ist, dass der Teil der URNG um die Parteisekretärin Alba Estela Maldonado und Ex-Comandante Gaspar Ilom nicht mehr mit von der Partie sind.

Von diesen und ihrer im Kongress vertretenen Politik distanziert man sich denn auch. Das jüngste Zerwürfnis innerhalb der URNG, das offenbar auch zum Entscheid geführt hatte, die Trennung zu vollziehen, war die in letzter Minute vollzogene Meinungsänderung einiger URNG-Abgeordneter bezüglich der Unterstützung der vom FRG durch-

geboxten Finanzgesetze.

Pablo Ceto, URNG-Abgeordneter im Kongress, kommentierte den Bruch der Partei lakonisch mit "Nun ist alles aus". Aus Pressekommentaren war zu entnehmen, dass Nineth Montenegro und Alfonso Bauer Paíz auf unschöne Art aus den Kongressbüros der URNG geworfen wurden.

Nun ist also offiziell, was schon längere Zeit unter der Oberfläche gegart hat. Eigentlich könnte es eine Chance für alle sein, der schwelende Konflikt innerhalb der URNG war in letzter Zeit eher hinderlich für die politische Arbeit. Ob es sich aber ein Land wie Guatemala leisten kann, eine gespaltene Linke zu haben, die womöglich noch mit mehreren Parteien kandidiert, ist fraglich. Angesichts des bereits auf Hochtouren laufenden und mit allen legalen und illegalen Mitteln geführten Wahlkampfes wohl eher nicht...

Parallele 1. Mai-Demonstrationen

Guatemala, 3. Mai. Unter Beteiligung von rund 50'000 Personen fand dieses Jahr eine der grössten 1. Mai-Demonstrationen in der Geschichte Guatemalas statt. Dies hat jedoch nicht so sehr mit der Stärke der Gewerkschaftsbewegung zu tun, sondern ist auf die aktuelle Lage zurückzuführen. Die politische Situation des Landes widerspiegeln, ist auch die Gewerkschaftsbewegung gespalten, was dazu führte, dass man zwar gemeinsam loszog, sich im Verlauf der Demonstration jedoch trennte und zwei Schlusskundgebungen durchführte. Die Themen, denen sich die einzelnen Reden widmeten, waren an

beiden Kundgebungen die selben: Korruption, die Landfrage, Arbeitslosigkeit, Bildungs- und Gesundheitswesen, die Militarisierung und die Zunahme der Gewalt im ganzen Land.

Was die Arbeitslosigkeit betrifft, existieren in Guatemala keine offiziellen Zahlen. Unabhängige Untersuchungen kommen zum Schluss, dass die Arbeitslosigkeit darin begründet ist, dass (mangels Rückgang der Produktion) keine neuen Stellen geschaffen werden. Von den 3,74 Mio. GuatemalteInnen im 'arbeitsfähigen' Alter, sind rund 267'000 gänzlich arbeitslos und 1,38 Mio. unterbeschäftigt.

Anlässlich des 1. Mai forderten die *Soziale Bewegung für die Rechte der Kinder* und die *Gruppe Globales Arbeiten* von der guatemaltekischen Regierung Massnahmen zur Eindämmung der Kinderarbeit. In einer Erklärung hiess es, dass, bedingt durch die wirtschaftliche Situation, rund 800'000 Kinder im formellen und informellen Sektor arbeiten. Viele Kinder seien dazu gezwungen, zum Einkommen der Familie beizutragen. Vom Staat werden Massnahmen gefordert, die dazu beitragen, dass die Kinder vermehrt zur Schule gehen und ihre Eltern die Wichtigkeit einer fundierten Schulbildung einsehen würden.

LehrerInnen kündigen neue Proteste an

Guatemala, 29. April. Nach mehreren Monaten fruchtlosen Verhandels mit der Regierung drohen die *Nationale Vereinigung der LehrerInnenschaft* (ANM) und die *LehrerInnengewerkschaft* (STEG) mit erneuten Protestaktionen. Laut Moises Fuentes von der ANM fordern die LehrerInnen eine Gehaltserhöhung um 100%, bessere Anstellungsbedingungen für LehrerInnen, speziell auch für zweisprachiges Lehrpersonal. Laut Fuentes verdient ein frisch ausgebildeter Polizist mehr als ein(e) LehrerIn mit 30 Jahren Berufserfahrung, der Durchschnittslohn für LehrerInnen beträgt 1585 Quetzales (rund 200 US-\$).

Im Verlaufe des letzten Jahres führ-

ten die LehrerInnen insgesamt sechzehn Demonstrationen durch, wobei eine der wichtigsten Forderungen die Umsetzung der Schulreform ist.

Nun drohen sie mit neuen Protesten (u.a. einem landesweiten Streik), die sie nicht aufzugeben bereit sind, solange Präsident Portillo und Erziehungsminister Mario Torres nicht auf ihre Forderungen eingehen.

Die Unzufriedenheit der LehrerInnen schlägt sich natürlich auch auf die SchülerInnen und deren Lernmoral nieder. Die Mission der Vereinten Nationen für Guatemala (MINUGUA) kommt in einem eben erschienenen Bericht zum Schluss, dass sich im Bildungswesen

seit der Unterzeichnung der Friedensabkommen nur sehr wenig verändert hat. Nach wie vor sind die traditionell marginalisierten Gruppen (Indígenas, Mädchen, Arme) vom Bildungssystem ausgeschlossen.

Für eine Verbesserung des Schulsystems muss auf zwei Ebenen ange setzt werden: Einerseits bei der Ausbildung (inklusive Zweisprachigkeit) und angemessene Entlohnung der LehrerInnen. Auf der strukturellen Ebene muss seitens der Regierung garantiert sein, dass die für den Unterricht notwendigen Schulhäuser und Schulmaterialien wie Schreibtische und Lehrbücher zur Verfügung gestellt werden können.

Die 'heutige Jugend', ihr Präsident und die Zukunft

Guatemala, 21. April. Konservativ, religiös, gegen den Konsum von Drogen und gegen die Abtreibung, unzufrieden mit dem Erziehungssystem und ohne Freizeitgestaltungsmöglichkeiten – alles Attribute, die gemäss einer nationalen Umfrage auf guatemaltekische Jugendliche im Alter zwischen 15 und 20 Jahren zutreffen.

Einen höheren Lebensstandard, sowie die Möglichkeit zu studieren und einen Beruf zu erlernen, sind die wichtigsten Wünsche der in der Umfrage interviewten 2000 Jugendlichen beider Geschlechts und unterschiedlicher sozialer und ethnischer Herkunft. Die Umfrage wurde in den Monaten Februar und März 2002 durchgeführt.

Politik: Sie sind stolz darauf, Guatemaltekinnen zu sein, das Land, die Kultur und die Leute gefallen ihnen. Was sie stört, ist die Gewalt und die aktuelle Regierung: 82% der befragten Jugendli-

chen hat kein Vertrauen in ihren Präsidenten, Alfonso Portillo. Noch mehr, nämlich 88%, drücken ihre Antipathie gegen Kongresspräsident Ríos Montt aus. Dieses Misstrauen gegenüber politischen Leaders spiegelt sich in einem generellen politischen Desinteresse wider. Zwei Drittel der guatemaltekischen Jugendlichen kann sich vorstellen, in die Vereinigten Staaten auszuwandern.

Religion: 75% der Befragten gaben an, die Traditionen und Gewohnheiten ihrer Eltern weiterzuführen. Zwei von drei Jugendlichen bezeichneten die Religion als "sehr wichtig" in ihrem Leben, wobei jedoch die Hälfte aller Interviewten wünschte, selber auswählen zu können, welcher religiösen Richtung sie sich anschliessen wollen.

Sexualität: 79% der Jugendlichen sind der Meinung, dass Frauen als Jungfrauen in die Ehe treten sollen. Demgegenüber bezeichnen aber nur 48% der

Befragten den vorehelichen Geschlechtsverkehr als "schlecht". Rund die Hälfte ist nicht informiert über Verhütungsmittel, obwohl über 80% der Meinung sind, die Eltern sollen bewusst entscheiden, wann und wie viele Kinder sie haben wollen. 90% der Jugendlichen sprechen sich gegen Abtreibung aus und nur 1% der jungen Frauen sagt, sie würde im Fall einer Schwangerschaft abtreiben.

Leider gibt die Studie nur in wenigen Fragen (z.B. im Zusammenhang mit Sexualität) spezifisch Auskunft über die unterschiedlichen Antworten von Frauen und Männer. Bezüglich der Rollenverteilung im Haushalt erklären 90% der befragten Jugendlichen, dass bei ihnen zu Hause der Vater das Sagen hat und 40% (vor allem junge Männer) sprechen sich dafür aus, dass es die alleinige Aufgabe der Frau ist, den Haushalt zu führen.

Prosit Neujahr – einmal anders

Guatemala, 15. April. Wichtigstes Ereignis in der Maya-Kultur stellt das Neujahrsfest dar, dass am 10. März die 200 Tage des Jahres der Maya einläutete und entsprechend gewürdigt wurde.

Das Fest von *Quajxaqui Batz*, dem Ursprung des menschlichen Wesens aus der Schöpfung des Universums, gilt bei den Maya-Nachkommen als heilig, stellt es doch den Beginn des wilden Lebens und des Menschen dar. Laut Maya-Kalender stellen die vier heiligen Tage *Ganil*, *Toj*, *Tzi* und *Batz* den Rahmen für die Festivitäten dar, die aus Riten und Gottesdiensten bestehen, und während derer gefastet und gewacht wird.

Ein Kreis, der die Kraft des Blutes darstellt, wird angezündet, darum herum repräsentieren vier Blumen die Tugend aller Völker und die Kardinalpunkte des Universums. Zwei Wächter stehen an seiner Seite, ein anderer spielt den Tambor.

Außerdem werden die Zeremonien auf einheimischen Instrumenten wie der *Marimba*, dem *Tun* und der *Chirmia* mit festlichen Kompositionen untermalt.

Vor diesem traditionell kulturellen Hintergrund finden Veranstaltungen statt, bei denen man sich mit Themen wie "Die Welt und der Beweis von *Xibalba*" oder "Das Gleichgewicht zwischen der männlichen und weiblichen Kraft" beschäftigt.

Ebenfalls jährlich findet in der Gemeinde Los Cerritos, Quiché, eine traditionelle Maya-Zeremonie statt, in der um

Regen und Segen für die Ernten gebittet wird. Dieses Jahr nahmen mehr als hundert indigene *Campeñ@s* an dem religiösen Akt teil. Sie brachten ihre besten Samen von Mais, Fríjol und anderem mit, um diese segnen zu lassen und die Natur um Vergebung für die vom Menschen verursachten Schäden zu bitten.

Der Ort Los Cerritos ("die Hügelchen") hat zudem eine besondere, traditionsreiche Bedeutung: der Name des Dorfes stammt von den dortigen 13 Erderhebungen, wo sich die Reste einer alten Maya-Stadt befinden sollen, die vor Jahren aus unbekanntem Gründen verschwunden ist.

Teilerfolg für Kommunalradios

Guatemala, 25. April. Das Amt für Kommunikation (SIT) hat die auf den 24. April angekündete Versteigerung von Radiofrequenzen um vier Monate auf den 27. August verschoben. Dies kann als klarer Erfolg der Lobbyarbeit verstanden werden, die vom *Guatemaltekischen Rat für kommunale Kommunikation* (CGCC) seit Monaten geleistet wird.

Seit dem 7. Februar liegt dem Kongress der Vorschlag eines Gesetzes über die Vergabe von Radiofrequenzen zur Diskussion vor, das auf den Grundlagen der Friedensabkommen unter anderem vom CGCC erarbeitet wurde. Die Ankündigung der SIT, noch während diese Diskussion im Gange ist, Radiofrequenzen zu verkaufen, bedeutet eine klare Umgehung dieses Gesetzes und wurde von den Mitgliedern des CGCC mit Protesten und Demonstrationen beantwortet.

Es fehlt der politische Wille, dieses Gesetz anzunehmen, die zweimonatige Frist, innerhalb der im Kongress hätte entschieden werden müssen, verstrich

am 7. April unverrichteter Dinge. Der Präsident der Kommunikationskommission des Kongresses schlug vor, eine paritätische Gruppe einzusetzen, die das Thema der Frequenzvergabe analysieren soll. Diese Gruppe ist zusammengesetzt aus VertreterInnen der Regierung, der kommerziellen Radios und der kommunalen Radios. Der CGCC spricht sich gegen eine solche Kommission aus, da er mit nur einem Sitz darin vertreten wäre, währendem die evangelikalen Radios, die sich auch als Kommunalradios ausgeben, jedoch meist sehr regierungsnah sind, zwei Plätze in der Kommission einnehmen würden.

Die Tatsache, dass die Versteigerung der Radiofrequenzen verschoben wurde und im besten Fall verhindert werden kann, schreibt der CGCC dem nationalen und internationalen Druck zu. Sowohl MINUGUA und die Europäische Gemeinschaft, wie auch AMARC und Solidaritätsgruppen haben sich hinter die Forderungen des CGCC gestellt, wofür dieser in einem Schreiben dankt.